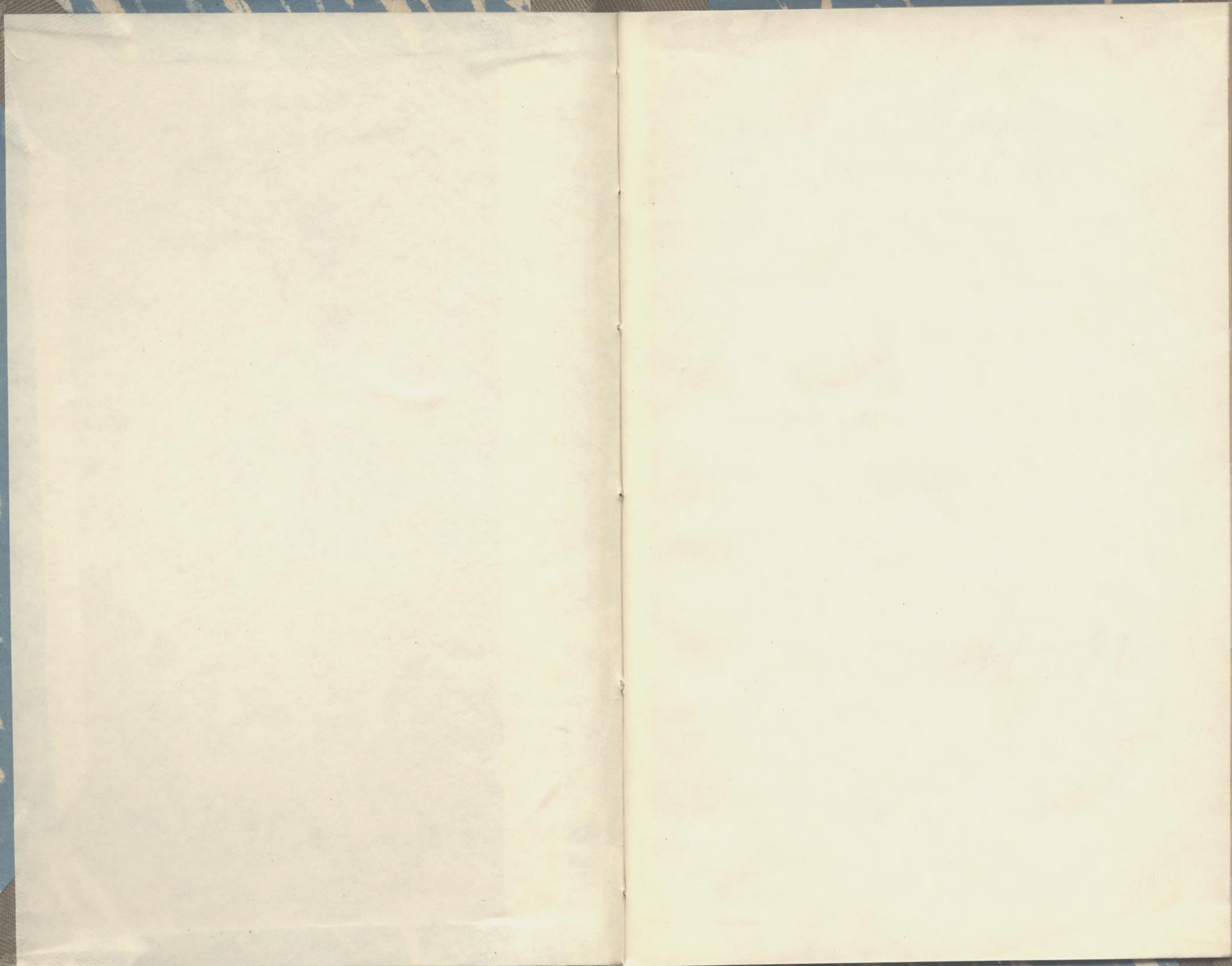


11390





11390 B

11390

VB

# Die Industrialisierungspolitik Friedrichs des Großen

(verglichen mit den von Goflerschen Plänen für Westpreußen).



## Vortrag

gehalten bei Gelegenheit der sechsten ordentlichen Mitgliederversammlung des Verbandes Ostdeutscher Industrieller am 19. September 1903 in Danzig

von

**Dr. O. Hinke,**

ordentl. Professor an der Universität Berlin.

~~VI 152.~~



Danzig.

Druck von W. Kafemann G. m. b. H.

1903.

11390

Der Vorstand des Verbandes Ostdeutscher Industrieller hat den Wunsch ausgesprochen, daß ich Ihnen heute hier einen Vortrag über die Industrialisierungspolitik Friedrichs des Großen mit Beziehung auf die Goflerschen Pläne halten möchte, und ich bin diesem Wunsche gern nachgekommen, weil ich von vornherein die Empfindung hatte und bei näherem Studium der Goflerschen Materialien immer mehr die Überzeugung gewonnen habe, daß es sich hier in der Ostmark um Verhältnisse handelt, in denen es auch praktisch von Nutzen sein kann, an die Gedanken fridericianischer Politik anzuknüpfen. Unser ganzes Staatswesen steht ja seit der Bismarckschen Aera in gewissem Sinne unter der Einwirkung fridericianischer Gedanken, in der inneren Verwaltung wie in der äußeren Politik. Derselbe Staatsmann, der es verstanden hat, den Ehrgeiz der Macht im preussischen Blute wiederzuerwecken, hat auch mit dem Grundsatz des reinen Manchesterthums gebrochen, das dem Staate im wirtschaftlichen und sozialen Leben eine bloße Nachwächter-Rolle zuwies und alles Heil von dem freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte und von der natürlichen Harmonie der Interessen erhoffte. Unsere ganze innere Politik seit 1878 trägt unverkennbar Züge von dem fridericianischen System an sich, wenn auch die Fortschritte, die wir inzwischen in unserer wirtschaftlichen und in unserer gesamten Kulturentwicklung gemacht haben, natürlich einen starken Unterschied in dem Gesamtcharakter der Politik von heute und ehemals mit sich bringen. Es gibt aber dabei nicht nur einen Unterschied der Zeiten, sondern auch einen solchen der Gegenden. Unsere Ostprovinzen sind in der wirtschaftlichen Entwicklung um ein Jahrhundert zurückgeblieben hinter den westlichen und den mittleren; das Vordringen des Polentums hat uns neuerdings auf das eindringlichste darüber belehrt, daß hier etwas nicht in Ordnung sein muß an unserem Staatskörper, daß diese Außenglieder unseres Volkes und Staates nicht die nötige Widerstandsfähigkeit besitzen, um aus eigener Kraft und ohne Nachhülfe durch den Gesamtorganismus sich des polnischen Bazillus zu erwehren. Unsere Staatsmänner haben es öfters anerkannt und aus-

gesprochen, daß bei uns in Preußen die Polenfrage auf Jahrzehnte hinaus die wichtigste Frage der inneren Politik ist, und diese Frage ist in ihrem Kern wirtschaftlich-sozialer Natur. Es gilt hier, gleichsam durch eine energische Kur den stockenden Blutumlauf zu lebhafterer Zirkulation anzuregen, erhöhte Tätigkeit und erhöhtes Lebensgefühl hervorzubringen und damit zugleich auch größere Widerstandsfähigkeit. Dazu bedarf es der Hülfe des Staates; das haben wir längst eingesehen: mit dem Grundsatz des laissez faire, laissez passer gehen wir langsam, aber sicher zurück. Und so ist man denn auf Mittel gekommen, wie sie in ähnlicher Weise schon Friedrich der Große angewandt hat, um seinen jugendlich unreifen und unfertigen Staat lebensfähig und widerstandskräftig zu machen gegenüber den älteren und stärkeren Mächten, die ihn umgaben. Ich möchte sagen: die Politik ist heute in den Ostprovinzen vor eine ganz ähnliche Aufgabe gestellt, wie sie einst Friedrich der Große für den Hauptteil seines Staates gelöst hat. Unsere innere Kolonisation, die Tätigkeit unserer Ansiedelungskommission beruht auf ganz ähnlichen Gedanken, wie die großartige innere Kolonisationspolitik Friedrichs des Großen; aber mit der Fürsorge für das platte Land allein ist es nicht getan. Der verstorbene Oberpräsident von Gossler, dem diese Provinz so viel verdankt, hat den wahrhaft staatsmännischen Gedanken auf die Bahn gebracht, daß man zugleich den Osten industrialisieren müsse; er hat das Programm aufgestellt: deutsche Bauern auf das Land und deutsche Industrie in die Städte! Mit richtigem politischen Instinkt hat er herausgefunden, daß man auch bei dieser Aufgabe wieder an die Traditionen Friedrichs des Großen anknüpfen müsse, soweit die gegenwärtigen Verhältnisse das gestatten. M. H. Es handelt sich hier nicht bloß um eine zufällige Analogie, um eine historische Parallele, wie man sie sonst wohl mit mehr oder minder berechtigter Kunst zu ziehen liebt; es handelt sich um etwas viel Realeres, nämlich um einen wirklichen inneren Zusammenhang in dem Lebensprozeß des Staates. Es handelt sich um die Fortführung einer politischen Arbeit, die Friedrich der Große begonnen hat, die er aber unvollendet hat zurücklassen müssen, und die dann infolge der wechselnden wirtschaftlichen Konjunkturen unvollendet geblieben ist bis auf den heutigen Tag. Wie das gemeint ist, wird aus meinen weiteren

Ausführungen noch deutlicher hervorgehen; vorläufig möchte ich mich mit der Andeutung begnügen, daß Preußen doch erst im Laufe des 19. Jahrhunderts ein wirklicher Einheitsstaat geworden ist, daß im 18. Jahrhundert die Provinzen noch in verschiedene voneinander abge sonderte Gruppen zerfielen, die unter sehr verschiedenen Lebensbedingungen standen, und auf die auch nicht überall die gleiche wirtschaftliche Politik angewandt worden ist. Die fridericianische Wirtschaftspolitik galt hauptsächlich der kompakten mittleren Masse seiner Provinzen; Westpreußen, Ostpreußen, Posen haben niemals eine gleich starke, gleich konsequente Einwirkung dieses Systems erfahren; und vor allem die Industrialisierungspolitik des großen Königs ist eigentlich nur für die mittleren Provinzen seines Staates von Bedeutung und Erfolg gewesen. Für die Ostprovinzen ist heute erst nachzuholen, was damals noch nicht geschehen konnte und was in der Hauptsache auch in den hundert Jahren nicht geschehen ist, die uns von Friedrich dem Großen trennen.

Die Ostprovinzen sind — abgesehen von den neuesten Versuchen und Anfängen — heute noch ziemlich in demselben Maße wirtschaftlich rückständig, ich meine industriell unentwickelt, wie es etwa die Mark Brandenburg beim Regierungsantritt Friedrichs des Großen war. Nur der Handel der beiden großen Ostseehäfen hat Jahrhunderte hindurch etwas Leben hineingebracht in das agrarisch-kleinbürgerliche Stilleben dieser Landschaften. Aber mit diesem Handel geht es nach der landläufigen Ansicht unaufhaltsam rückwärts\*). Ihm fehlt das ausgedehnte freie Hinterland; die politischen

\*) Die „Danziger Zeitung“ bestreitet in mehreren Artikeln (Nr. 479 ff.) die Richtigkeit dieser Ansicht, indem sie darlegt, daß die Gesamtgüterbewegung des Danziger Hafens sich in den letzten drei Jahrzehnten verdoppelt habe. Aber sie muß doch selbst zugestehen, daß die Ausfuhr dabei erheblich hinter der Einfuhr zurückgeblieben ist, und daß die Einfuhr größtenteils dem Expeditionshandel angehört und in der Hauptsache auf der industriellen Entwicklung des Hinterlandes beruht. Gerade die Ausfuhr aber repräsentiert den alten lukrativen Danziger Handel. Es wird denn auch zugestanden, daß die alte Lukrativität des Handels dahin sei, daß man sich heute um Groschen bemühen müsse, wo man früher Taler verdiente; daß endlich die Verdoppelung der Gütermenge in Danzig sich sehr bescheiden ausnehme gegenüber der Verdreifachung in Hamburg. Also jedenfalls doch ein relativer Rückgang! Das ist es aber, was im Publikum die allgemeine und nicht unberechtigte Empfindung von einem Rückgange des Danziger Handels überhaupt hervorgebracht hat.

und wirtschaftlichen Konjunkturen der Gegenwart und einer absehbaren Zukunft sind gegen ihn. Danzig insbesondere ist auf das empfindlichste davon berührt worden. Sein Handel hat von jeher hauptsächlich auf dem Export der polnischen Rohprodukte beruht, unter denen Getreide und Holz den ersten Platz einnahmen. Im 19. Jahrhundert ist es vornehmlich die Ausfuhr des russischen Kornes nach England gewesen, was den Danziger Handel in Schwung hielt; aber der Umfang dieses Ausfuhrhandels hat sich in den letzten Jahrzehnten stark vermindert\*). Heute versorgt in erster Linie Amerika den englischen Markt; Rußland, das sich selbst zum Industriestaat entwickelt, braucht immer größere Anteile seiner Ernten für sich selber, und auch die Holzmassen, die heute noch von dorthier die Weichsel herabschwimmen, werden mit der Zeit immer geringer werden: es kann gar nicht ausbleiben, daß Rußland die Bearbeitung seiner Hölzer mehr und mehr selbst in die Hand nimmt. Einen Ersatz für diesen Ausfall hat die moderne Entwicklung nicht gebracht. Der Zuckerexport beruht auf einer allzu schmalen und namentlich auf einer allzu unsicheren Grundlage, als daß man die Zukunft des ostdeutschen Seehandels darauf gründen könnte. Mit einem Wort: das alte, auf dem Transitoverkehr beruhende Handelssystem ist zusammengebrochen und wird nie wiederhergestellt werden, solange die russische Zollgrenze das Hinterland unserer Ostseehäfen zu einem schmalen Küstenbezirk einschnürt. Der wirtschaftliche Stillstand, der damit verbunden ist, übt heute schon einen lähmenden Einfluß auf diese Provinzen und er wird es in Zukunft sicher noch in weit stärkerem Maße tun, wenn wir nicht imstande sind, hier eine Industrie zu schaffen, die den Handel auf die eigene Produktion des Landes begründet, statt auf die Durchfuhr fremder Erzeugnisse.

M. H. Das ist kein alleinstehender Fall in der Wirtschaftsgeschichte, dieser Rückgang des Zwischenhandels und die darin liegende Nötigung, zur Industrie überzugehen. Es ist der Schlußakt einer zusammenhängenden wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung, die sich überall in Deutschland im Laufe der neueren Jahrhunderte beobachten

\*) Die in dem zweiten Artikel der „Danziger Zeitung“ (Nr. 481) angeführten Jahresdurchschnittszahlen bestätigen das: 1870/79: 196451 t; 1880/89: 192520 t; 1890/99: 93601 t; 1900/02: 138170 t.

läßt. Ich möchte hier nur darauf hinweisen, daß schon die fridericianische Industriepolitik auf ganz ähnlichen Voraussetzungen beruhte.

Ein auf den Transitoverkehr begründetes Handelssystem beherrschte Norddeutschland seit den Tagen der Hanse und auch noch im 17. Jahrhundert, als die kräftig sich entwickelnden Ostseestaaten Dänemark, Schweden und neben ihnen vor allem Holland den größten Teil des Ostseehandels an sich gezogen hatten. Es war der Plan des Großen Kurfürsten, Schweden aus der beherrschenden Stellung an den Küsten des Baltischen Meeres zu verdrängen und selbst das *Dominium maris Baltici* und damit die Handelsherrschaft über Osteuropa, in Konkurrenz mit den Holländern, zu gewinnen. Dazu brauchte er vor allem den Hafen von Stettin, den die Schweden damals in der Hand hatten. Er hat darum gekämpft sein Leben lang, aber vergeblich. Wäre es ihm gelungen, Stettin zu erwerben, so würde wahrscheinlich der brandenburgisch-preussische Staat eine große baltische Handelsmacht geworden sein, nach dem Muster von Holland. Das auf den Durchfuhrhandel gegründete Kommerzsystem hätte dann hier wirklich große Dimensionen angenommen, und die Industrie hätte daneben, wie in Holland, nur die zweite Rolle gespielt; ihre Interessen wären den Interessen des Handels untergeordnet worden, wie es dort immer geschehen ist.

Aber dies große projektierte preussisch-baltische Handelssystem ist nicht zur Verwirklichung gelangt. Stettin blieb in den Händen der Schweden bis 1720, und als es der Enkel des Großen Kurfürsten dann endlich seinem Staate einverleibte, da war die Welt schon sehr verwandelt. Da war keine Rede mehr davon, daß Preußen der Erbe der schwedischen Machtstellung an der Ostsee hätte werden können. Rußland hatte sich als eine neue, waffenstarke Ostseemacht erhoben; die Entwicklung begann damals, die heute Riga, Libau und Windau zu so gefährlichen Konkurrenten von Danzig und Königsberg gemacht hat; und auf der anderen Seite hatte sich England mächtig erhoben, und seine Verbindung mit Holland, die 1688 geschlossen worden war, als der Dranier Wilhelm III. den englischen Thron bestieg, machte jeden Versuch der Konkurrenz gegen die beiden verbündeten Seemächte zu einem gänzlich aussichtslosen Unternehmen. Diese politische Konjunktur aber, die Vorherrschaft der beiden nordwestlichen Seemächte, der

Mangel einer starken deutschen Ostseemacht und dazu die Verschiebung des kommerziellen Schwerpunktes von den Binnenmeeren auf den Ozean bedeuteten im großen genommen für das Ostseegebiet den völligen Zusammenbruch des alten hanseatischen Handelssystems, von dem sich nur einzelne Trümmerstücke, wie eben der Danziger Handel, noch eine Zeitlang hielten. Der Preussische Staat aber sah sich auf eine andere, binnenländische Basis gedrängt; an die Stelle des Schlagwortes „Kommerzien“ trat nun das Schlagwort „Manufakturen“; an die Stelle des holländischen Vorbilds trat das französische, das Vorbild der Colbertschen Politik, die gerade im Gegensatz zu der wirtschaftlichen Übermacht der großen See- und Handelsstaaten Holland und England ein System der Industrieförderung ausgebildet hatte, das die glänzendsten Erfolge aufwies.

Es ist das sogenannte merkantilistische System, das damit zur Herrschaft in der preussischen Wirtschaftspolitik gelangte. Friedrich Wilhelm I. hat die ersten Schritte in dieser Richtung getan; Friedrich der Große hat ein ausgebildetes und konsequent durchgeführtes Wirtschaftssystem in diesem Geiste geschaffen; er ist einer der größten Merkantilisten, die je gelebt haben.

Das Merkantilssystem hat seinen Namen vom Handel. Die Handelskriege spielen ja in diesem Zeitalter (17./18. Jahrhundert) eine sehr bedeutende Rolle. Aber es kommt bei dem Merkantilssystem nicht bloß auf den Handel, sondern mehr noch auf die Industrie an. Industrieförderung ist der eigentliche Kern dieses Wirtschaftssystems. Die Manufakturen gelten als die große Goldgrube, an der alle Nationen sich zu bereichern suchen. Jeder Staat sucht selbst zu produzieren, was er braucht, und außerdem einen möglichst großen Überschuß seines Bedarfs an andere, minder entwickelte Länder und Völker abzugeben. Der Kampf um den Export, um die auswärtigen Absatzmärkte beginnt. Die einzelnen Staaten schließen sich von einander ab durch hohe Schutzzölle und Handelsverbote; sie suchen den inneren Markt ausschließlich für die einheimischen Produzenten zu sichern; der Export nimmt oft den Charakter einer wirtschaftlichen Ausbeutung schwächerer Völker an; man proklamiert den Grundsatz, des einen Vorteil im Handel sei des andern Schade; und die ultima ratio in diesem internationalen Konkurrenzkampf sind Bajonette und Schiffskanonen. Denn das ist das Charakteristische

in dieser Epoche, daß der Staat jeden Augenblick bereit ist, das Gewicht seiner politisch-militärischen Macht in die Waagschale zu werfen zugunsten seiner Handels- und Industrie-Interessen. Das Merkantilssystem darf überhaupt nicht bloß vom ökonomischen Standpunkt aus angesehen werden; es ist ein wesentliches Stück der allgemeinen Politik. Es ist, wie Schmoller nachgewiesen hat, die Begleiterscheinung des großen Prozesses, durch den die modernen Staaten sich innerlich konsolidiert und zu einheitlichen Wirtschaftsgebieten zusammengeschlossen haben. Daß heute die Staaten zugleich auch die großen Volkswirtschaftskörper sind, daß Staat und Volkswirtschaft zusammenfallen, das ist das dauernde Ergebnis dieser Epoche merkantilistischer Wirtschaftspolitik, die eben selbst ein Stück Staatenbildung war, die die Staaten nach außen abgeschlossen, sie nach innen allmählich zu einem großen freien Markt umgeschaffen hat, so daß die politische Einheit nun auch eine wirtschaftliche wurde und die Leitung der Volkswirtschaftspolitik vom Staate ausging, statt wie früher von den einzelnen Stadtmagistraten oder anderen, territorialen und lokalen Gewalten.

Dieses politische Moment im Merkantilismus spielt auch bei Friedrich dem Großen eine hervorragende Rolle. Es ist das ein Punkt, auf den ich besonders Gewicht legen möchte. Wir sind ja längst hinaus über die naive Ansicht, als ob das Merkantilssystem nur ein großer theoretischer Irrtum gewesen sei, begründet in unvollkommenen nationalökonomischen Einsichten. Es war in erster Linie überhaupt nicht Theorie, sondern Praxis, und zwar nicht bloß ökonomische, sondern vor allem auch politische Praxis. Es war ein Wirtschaftssystem, das dazu bestimmt war, die staatliche Macht zu fördern. Wenn man als die Lösung des Merkantilismus bezeichnet hat, daß das Geld möglichst im Lande behalten und dazu möglichst viel Geld vom Ausland hereingezogen werden müsse, so muß man sich dabei gegenwärtig halten, daß damals die Zeit war, in der die großen stehenden Heere und die großen Kriegsflotten geschaffen wurden, die ein früher ganz ungeahntes Geldbedürfnis in der Staatswirtschaft erzeugten. Es ist die Zeit der Ausbildung fester und dauernder Steuern von früher unbekannter Höhe. Das bare Geld gewann damit eine ganz andere Bedeutung als vorher, vor allen. auch für die Staatsregierungen. Damals ist ja auch das

Wort geprägt worden, zum Kriegführen gehöre dreierlei: erstens Geld und zweitens Geld und zum dritten Geld. Das bare Geld war eben damals, in einer Zeit noch wenig entwickelter, zum Teil ganz unentwickelter Kreditwirtschaft, in einer Zeit schroffer internationaler Abschließung, ein ganz unentbehrliches Mittel zur Macht. Darum suchte man es möglichst festzuhalten und möglichst viel dazu vom Ausland hereinzuziehen. Die merkantilistische Theorie der Handelsbilanz beruht auf diesem Bestreben. Als günstig sah man im Verkehre der Staaten untereinander eine Handelsbilanz an, bei der die Ausfuhr stärker war, als die Einfuhr. Wer mehr vom Auslande einkaufe, als er dorthin verkaufe, der kaufe sich arm, sagte man, und verliere im Handel. Das stimmt ja nun bekanntlich heute nicht mehr. England hat Jahrzehnte lang mehr Einfuhr als Ausfuhr gehabt und ist dabei wirtschaftlich vorangekommen. Uns selbst ist es ja in dem letzten Jahrzehnt ähnlich gegangen. Aber die Auffassung des Merkantilismus war darum doch nicht falsch, wenigstens nicht für jene Zeit und ihre Verhältnisse. Heute steckt in der Handelsbilanz, die ja nur die Bilanz des Warenverkehrs ist, nicht mehr die Gesamtübersicht über den Verkehr, der von Land zu Land an Gütern und geldwerten Leistungen stattfindet. Die Zinserträge der großen im Ausland angelegten Kapitalien, die Gewinne aus der Reederei und dem Seetransportgeschäft figurieren nicht in den Warenübersichten, auf die die Statistik der Ein- und Ausfuhr sich gründet. Darum kann es heute geschehen, daß ein Staat wie England wirtschaftlich gedeiht, trotzdem seine Ausfuhr hinter der Einfuhr zurückbleibt; denn jene Posten, Zinsgewinn aus auswärts angelegten Kapitalien und Reedereiverdienst, machen in England eben enorme Summen aus und ähnlich heute auch schon bei uns. Aber das Preußen Friedrichs des Großen hatte keine Kapitalien im Auslande arbeiten, seine Reederei im internationalen Verkehr war gleich null. Und darum hatte Friedrich der Große ganz recht, wenn er an dem Grundsatz festhielt, daß ein Land wie Preußen, das auch keine Edelmetalle erzeugte, sehen müsse, daß Geld im Lande zu behalten und möglichst viel von auswärts hereinzuziehen. Er wußte wohl, daß der wahre Reichtum der Staaten in der Zahl der arbeitenden Menschen besteht; der eigentliche Sinn seiner Wirtschaftspolitik war doch der, eine möglichst große Zahl von

Menschen auf seinem Staatsgebiet zu ernähren und zu diesem Zwecke alle produktiven Kräfte zu erwecken und zu beleben. Schneller Umlauf des Geldes, lebhafte Zirkulation im Wirtschaftskörper überhaupt, das ist sein eigentliches Bestreben. Auf den Verkehr war die Hauptsteuer des Staates, die Akzise, begründet, eine städtische Torsteuer auf alle Nahrungsmittel und Kaufmannswaren, also eine Konsumtionssteuer in der Hauptsache, kombiniert allerdings mit allerlei anderen Besteuerungsarten. Je größer die Bevölkerung, je lebhafter der Verkehr, desto größer die staatlichen Einkünfte. Eine zahlreiche Bevölkerung sicherte außerdem den Bestand des unverhältnismäßig großen Heeres, das damals 4 % der Gesamtbevölkerung betrug und allerdings ohne ausländische Rekrutierung nicht erhalten werden konnte; seine Kraft aber lag in den einheimischen Kantonnisten. Eben dieses Heer aber, das große Instrument der staatlichen Machtpolitik, für dessen Unterhalt die ganze Volkswirtschaft zu arbeiten hatte, war andererseits zugleich auch wieder ein Instrument zur Belebung des inneren Verkehrs. Der Soldat lag meist bei den Bürgern im Quartier, wofür den Quartierwirten Entschädigung gezahlt wurde; er wurde nicht in staatlicher Menage verpflegt, sondern mußte sich seine Lebensbedürfnisse von seinem Sold kaufen. Die Lieferungen an die Regimenter für Ausrüstungs- und Bekleidungsstücke bedeuteten eine sich stetig steigende Absatzmöglichkeit für die verschiedensten Gewerbe. So wurde die Armee sozusagen der größte Konsument im Lande. Die vielen geworbenen Ausländer, die zum Teil verheiratet waren und die vielfach auch im Frieden innerhalb der Garnison beurlaubt wurden, um in den bürgerlichen Gewerben und Geschäften als Gehilfen zu arbeiten, stellten eine Art von staatlich organisierter Einwanderung dar, die auch der Industrie zugute kam. Das Ganze wirkte wie ein Schwungrad für den wirtschaftlichen Verkehr im Lande; es war kein Hemmnis, sondern ein Beförderungsmittel für die Volkswirtschaft und die bürgerliche Wohlfahrt.

So hingen staatliche Machtpolitik und wirtschaftliche Wohlfahrtspolitik auf das engste miteinander zusammen. Die Landwirtschaft blieb noch immer die Grundlage; aber sie allein war nicht imstande, die Bevölkerung und die Steuerkraft des Landes in dem Maße zu steigern, wie es die Großmachtpolitik verlangte;

die Industrialisierung des Landes wurde zu einem dringenden Gebot der Staatsräson. Friedrich der Große hat hier nicht ganz von vorn anzufangen gehabt. Die Regierung seines Vaters, Friedrich Wilhelms I., hatte in dieser Richtung schon mit Erfolg vorgearbeitet. Aber er hat dann mehr Schwung und einen größeren Stil in die Industriepolitik gebracht; er hat den Versuch gewagt, sein armes, zurückgebliebenes Land den großen Industriestaaten der Zeit unabhängig und ebenbürtig an die Seite zu stellen; und wenn dieser Versuch auch nicht ganz geglückt ist, so ist er doch der Ausgangspunkt geworden für eine Entwicklung, die uns heute vor die Frage stellt, ob wir den Übergang zum reinen Industriestaat vollziehen sollen.

Gleich nach seinem Regierungsantritt hat sich der König ein neues Organ geschaffen für die Ausführung der umfassenden Pläne, die er in bezug auf die Industrialisierung des Landes hegte. Die gesamte innere Verwaltung war damals in einer kollegialischen Zentralbehörde konzentriert, die gewöhnlich als General-Direktorium bezeichnet wird und in vier Provinzial-Departements zerfiel. Diese Departements hatten in ihren Provinzen über den Kriegs- und Domänenkammern und den lokalen Land- und Steuerräten die Sorge für Domänen und Steuerwesen, für die Konservation der Bauern und ebenso auch für die kleinbürgerlichen Gewerbe in den Städten. Friedrich stellte ihnen ein neues Departement zur Seite, das nicht für einzelne Provinzialgruppen, sondern für den ganzen Staat bestimmt sein sollte, das sogenannte fünfte Departement für Fabriken- und Kommerzialsachen. Es war fast schon ein modernes Fachministerium neben den alten Provinzialdepartements. Es war zwar in den kollegialen Rahmen des General-Direktoriums mit eingefügt, aber in einer lockeren Weise, die ihm tatsächlich eine große Selbständigkeit ließ. Dieser neuen Behörde wurde anbefohlen, für die Manufakturen zu sorgen. Die schon vorhandenen sollten mit allen Mitteln gefördert, die noch nicht vorhandenen sollten neu eingeführt und gepflegt werden. Zu diesem Zweck sollten ausländische Fabrikanten und Kapitalisten auf alle mögliche Weise ins Land gezogen werden. Als die Hauptsache betrachtete der König die Versorgung des inneren Marktes durch die einheimische Produktion, die Emanzipation von den Manufakturwaren des Auslandes; erst

in zweiter Linie sollte darauf Bedacht genommen werden, preußische Manufakturwaren ins Ausland zu exportieren; man dachte dabei namentlich an Polen, das noch so gut wie gar keine Industrie hatte, während doch die oberen Klassen sich schon an allerlei Luxusbedürfnisse gewöhnt hatten, die von den Manufakturen des Westens befriedigt wurden.

An die Spitze dieses neuen Departements trat der General-Postmeister Samuel von Marschall. Er war bürgerlicher Herkunft; eine freilich nicht ganz verbürgte Tradition macht ihn zu einem geborenen Danziger und zum Abkömmling einer alten schottischen Kaufmannsfamilie. Er war im Postdienst emporgekommen, war Kabinettssekretär und vertrauter Rat Friedrich Wilhelms I. gewesen und erschien dem König nun als das rechte Werkzeug für seine Pläne. Er erhielt ein paar vortragende Räte, die schon unter Friedrich Wilhelm I. mit gewerblichen Angelegenheiten zu tun gehabt hatten, und stand in beständiger unmittelbarer Korrespondenz mit dem König. Er hat seinen Ansprüchen in der Hauptsache genügt, was bei diesem Monarchen viel bedeuten will; aber er war kein junger Mann mehr und ist schon 1750 gestorben, mitten in einer großartigen, fruchtbaren Tätigkeit, die namentlich seit dem Dresdner Frieden, mit dem Jahr 1746 in Schwung gekommen war. Der König hat in diesem Moment unter all seinen Ministern keinen Mann zu finden vermocht, der ihm geeignet schien, Marschall zu ersetzen. Er hat jetzt für eine Reihe von Jahren, bis zum Ausbruch des siebenjährigen Krieges, die Leitung des V. Departements ganz persönlich übernommen. Ein neuer Minister wurde nicht angestellt; die geschäftliche Leitung des Departements besorgte ein neu angestellter Ober-Finanzrat, der bezeichnender Weise von Haus aus kein Bureaufkrat, sondern ein Kaufmann war: der bisherige Handelsagent in Amsterdam, Johann Fäsch, ein geborener Schweizer, aus Basel. Nach dem siebenjährigen Kriege, seit 1766 hat dann der König wieder Minister an die Spitze des V. Departements gestellt; aber das waren keine Männer von eigenen Ideen, es waren bloße Handlanger, die eigentlich nicht zu raten, sondern mehr nur zu berichten und auszuführen hatten. Die entscheidenden Befehle gehen alle vom königlichen Kabinet aus, auch in Details, um die sich heute kein Minister mehr bekümmern würde. Die Tätigkeit des

Königs auf diesem Gebiet, seine Kenntnisse, sein eindringendes Verständnis sind erstaunlich; die vortragenden Räte für das V. Departement hat er größtenteils selbst ausgewählt; er band sich dabei an keine feste Karriere; er nahm die brauchbaren Leute, wo er sie fand; es kam wohl vor, daß einer vom einfachen Steuerrat zum Geheimen Finanzrat im Fabrik-Departement befördert wurde. Es sind nicht etwa Juristen, die zu diesen Stellen genommen wurden; überhaupt spielt das Juristenelement in der fridericianischen Verwaltung gar keine Rolle. Die Herren von der Justiz fühlten sich damals als die sozial höher stehende Beamtenklasse gegenüber den Mitgliedern der Verwaltungsbehörden, von denen nur ganz wenige studiert hatten; sie waren aber nicht gerade die Lieblinge des Königs. Schon Friedrich Wilhelm I. hatte von den Juristen nichts wissen wollen. Wer einen „offenen Kopp“ hatte, den wünschte er in der Steuer- und Domänenverwaltung anzubringen; für die Justiz, meinte er, seien die „dummen Teufels“ gut genug. Bureaufkratischer Standesdünkel, eine gewisse vornehme Lässigkeit und steife obrigkeitliche Würde waren vornehmlich in den Justiz-Kollegien heimisch, bis Cocceji hier gründlich aufräumte. Der Verwaltungsmann war oft von dunkler Herkunft, er wurde nur nach dem Maße seiner Leistungen geschätzt. Von einer geregelten Vorbildung, von einer festen Karriere war noch nicht viel zu spüren. Adlige Generals- und Ministersöhne und Bürgerliche von sehr verschiedener Vorbildung fanden sich in den Verwaltungskollegien zusammen. Man hat zwar auch in der Verwaltung einen Versuch mit dem Institut der Auskultatoren gemacht, wie bei der Justiz, aber die Resultate waren zunächst nicht besonders günstig; der König wollte lieber, daß junge Leute, die Kriegs- und Domänenräte werden wollten, erst Sekretäre würden, um den Geschäftsgang und die dienstliche Ordnung zu lernen. Für die höheren Verwaltungsstellen aber suchte er sich qualifizierte Leute aus, die irgendwo etwas geleistet hatten, sei es bei der Proviantverpflegung im Felde, oder als Steuerräte in gewerbereichen Städten, oder als Akzise- und Lizenzdirektoren in Handels- und Hafenplätzen und dergl. Er verlangte statt der juristischen eine praktisch-technische Vorbildung. Die Domänenräte sollten gelernte Landwirte sein, die Dezernenten für Gewerbesachen mußten kaufmännische und industrielle Erfahrungen mitbringen. Es kam vor, daß angesehene Kaufleute

und Fabrikanten, wie Gösler in Magdeburg — übrigens ein Urahn des Oberpräsidenten — zugleich als Mitglieder in die Kriegs- und Domänenkammer berufen wurden. Der König haßte alle bureaukratischen Weitläufigkeiten; er band sich auch beim V. Departement nicht an den kollegialischen Geschäftsgang. Er liebte es, einzelnen Männern besondere Aufträge zu geben und mit ihnen immediat darüber zu korrespondieren. Er war ja der eigentliche Chef der Behörde selbst. Auf diese Weise kam mehr Aktivität, mehr Schneid und persönliches Verantwortlichkeitsgefühl in diesen Verwaltungszweig, als es bei der etwas schwerfälligen kollegialischen Geschäftsbehandlung in den Provinzialdepartements des General-Direktoriums üblich war. Namentlich in den Jahren 1746—1756 herrschte eine außerordentlich lebhaftige Tätigkeit; sie war gerichtet auf die Verwirklichung des vom König aufgestellten Programms.

Von den schon vorhandenen Manufakturen, die es zu fördern galt, war die wichtigste die Wollindustrie, die schon unter Friedrich Wilhelm I. zu einiger Bedeutung gelangt war; sie hatte zeitweise sogar Militärtuche nach Rußland exportiert, bis dieser lukrative Ausführartikel von den Engländern aufgegriffen und den Preußen entrisen worden war; aber der innere Markt blieb für die heimische Wollindustrie gesichert durch das Verbot der Einfuhr fremder Wollstoffe; auch der Gebrauch von Baumwollwaren, die damals in Mode kamen, war in Preußen zugunsten der Wollindustrie verboten, bis man unter Friedrich dem Großen mit der Fabrikation dieses Artikels selbst begann. Das Ausfuhrverbot für Rohwolle, das seit 1717 dauernd in Geltung geblieben ist, sicherte den einheimischen Fabrikanten billigen Rohstoff; eine große staatliche Musterfabrik, das Lagerhaus in Berlin, fabrizierte die feineren Tuche; die kleineren Fabrikanten in den Landstädten erhielten Vorschuß von Rohmaterial aus den zahlreichen Wollmagazinen, die mit staatlichen Mitteln begründet wurden und unter staatlicher Leitung standen. Besondere Aufsichtsbeamte, die Fabrikinspektoren, die den Steuerräten zur Seite standen, kümmerten sich eingehend um das Wohl und Wehe dieser kleinen Fabrikanten, sorgten für Güte der Arbeit und Absatz, hielten die Ordnung aufrecht und sahen darauf, daß die staatlichen Vorschüsse gut angewandt wurden und nicht verloren gingen. In diesem Gewerbe ist Friedrich der Große im wesentlichen den Spuren

seines Vorgängers gefolgt. Durch die Eroberung von Schlesien kam eine neue große Exportindustrie hinzu, die damals noch in hoher Blüte stand: die Leinenindustrie der Gebirgstädte; sie ist mit allen Mitteln gefördert worden, namentlich auch dadurch, daß der Absatz nach den spanischen Kolonien durch Handelsverträge erleichtert wurde. Das lebendigste und persönlichste Interesse des Königs aber ist der Seidenindustrie zugewandt worden, die in der Hauptsache seine eigenste Schöpfung gewesen ist. Das war für ihn eine der wichtigsten Angelegenheiten seiner Regierung: in seinem politischen Testament von 1752 hat er dieser Industrie einen besonderen Abschnitt gewidmet. Das hat für den modernen Beurteiler etwas Befremdliches, aber es ist in den Verhältnissen der Zeit wohl begründet. Die Textilindustrien, die sogenannten Manufakturen, waren ja damals die eigentlich großen Industrien; bevor Dampf und Elektrizität das gewerbliche Leben revolutioniert haben, bevor Kohle und Eisen die Grundlage der Großindustrie geworden sind, sind diese Manufakturen der Gradmesser der industriellen Entwicklung, und unter ihnen stand, was Technik und Geschmack anbetrifft, die Seidenindustrie obenan. Es wurde damals verhältnismäßig viel mehr Seide getragen als heute. Erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts beginnt die Baumwollindustrie von England aus die Bedeutung der Seidenindustrie zurückzudrängen. Erst seit dem 19. Jahrhundert gewinnen in der Gewebeindustrie überhaupt die einfacheren billigeren Stapelartikel für den Massenverbrauch die Oberhand auf dem Markt. Im 18. Jahrhundert handelt es sich bei den Manufakturen noch mehr um die Luxusbedürfnisse der oberen Klassen; was die gewöhnlichen Leute, namentlich auf dem Lande trugen, war noch vielfach im Hause selbst gemacht oder wenigstens im Dorfe oder in der nächsten kleinen Stadt. Daher die verhältnismäßig große Bedeutung einer Luxusindustrie, wie es die Seidenindustrie war. Friedrich der Große kam auf diesen Gewerbezweig aus einer einfachen und sehr praktischen Erwägung. Er nahm sich die Afziselisten vor, in denen die eingeführten fremden Waren mit ihrem Wert verzeichnet standen. Er fand daraus, daß jährlich für 400 000 Taler fremde Seidenwaren in den mittleren Provinzen eingeführt wurden; das war der bedeutendste Posten in der Einfuhr fremder Fabrikate überhaupt. Es war ganz im Geiste seines

merkantilistischen Systems, daß er beschloß, diesen Artikel im Lande selbst fabrizieren zu lassen. Er dachte dabei nicht bloß an die Weberei, sondern auch an die Erzeugung des Rohstoffes. Die Begründung der Seidenindustrie ist dann geradezu ins Zentrum seiner Industrialisierungspläne gerückt. Sie ist zunächst die Hauptaufgabe des V. Departements gewesen. Alle Veranstaltungen zur Hebung der Industrie überhaupt knüpfen an diese Aufgabe mehr oder weniger an. Was hier geleistet wurde, ist geradezu ein Musterbeispiel fridericianischer Gewerbepolitik überhaupt. Darum hat auch die Königliche Akademie der Wissenschaften unter Professor Schmollers Leitung vor etwa zehn Jahren eine genaue aktenmäßige Erforschung der Geschichte dieser Industrie vornehmen lassen und eine große Publikation darüber in den Acta Borussica herausgegeben. Ich habe selbst das Fazit aus diesen Forschungen in einem Bande dieser Publikation gezogen und möchte hier einiges daraus mitteilen, was besonders charakteristisch für das Verfahren des Königs ist und ein allgemeines Interesse besitzt. Ich sehe dabei ab von dem Seidenbau, der ja die industrielle Seite weniger berührt. Ich beschränke mich auf die eigentliche Industrie, auf die Seidenweberei.

Es fehlte da zunächst eigentlich an allem: an den Unternehmern, am Kapital, an geschulten Arbeitskräften, am Rohstoff und an einer sicher überlieferten Technik. Es war nur eins vorhanden: das Bedürfnis und damit eine leidliche Absatzmöglichkeit. Aber das genügte dem König. Eine große gewerbliche Kolonisation wurde nun ins Werk gesetzt. Die Seidenweberei wurde damals, wie die meisten Manufakturen überhaupt, in Form des Verlagsgeschäftes betrieben, als eine manufacture dispersée, wie die Franzosen sagten, also nicht in großen geschlossenen Betrieben (solche Betriebe kamen nur ausnahmsweise vor; das nannte man manufacture réunie), sondern in der Hauptsache als eine Haus- und Werkstattindustrie von kleinen Meistern, die mit oder ohne Gesellen im Lohn für kaufmännische Verleger arbeiteten, die ihnen den Rohstoff lieferten und die Fabrikate gegen feste Bezahlung abnahmen. Es galt nun zunächst, solche Meister heranzuziehen und Verleger für sie zu finden. Das war die nächste Aufgabe Marschalls und seines Departements. Überall waren die preußischen Diplomaten und

Handelsagenten im Auslande dafür tätig; es war eine heikle Sache, denn die meisten Staaten wachten eifrig darüber, daß ihnen die Manufaktur nicht durch Überläufer aus dem Lande geschleppt wurde. Trotzdem aber ist es damals gelungen, etwa 100 Meisterfamilien aus Sachsen, aus Hamburg, aus Holland, aus Frankreich, namentlich auch aus Lyon, heranzulocken und in Berlin und Potsdam anzusiedeln. Die bildeten den Stamm der Arbeiterschaft; Gesellen sind dann vielfach aus eigenem Antriebe zugewandert oder von den Meistern nachgezogen worden. Aber fremde Arbeiter sind in der ersten Generation noch keine feste Grundlage für eine Industrie. Man nahm von vornherein Bedacht darauf, einheimische Lehrlinge auszubilden. Arme Jungen aus dem Potsdamer Militär-Waisenhause wurden auf königliche Kosten bei den fremden Meistern eingestellt und in den verschiedenen Zweigen des Gewerbes ausgebildet. Sie erhielten dann später, wie die anwandernden Meister, einen Stuhl und einen kleinen Vorschuß oder auch eine freie Wohnung oder ein Geldgeschenk zur Einrichtung. Die Seele der Industrie aber waren die kaufmännischen Unternehmer. Es war nicht leicht, die geeigneten Leute zu finden. Die Kaufleute, die mit Seidenwaren handelten, — „Kommissionäre des Auslandes“ nannte sie Friedrich einmal — standen dem Projekt des Königs anfangs sehr ablehnend gegenüber. Sie sahen ihr Geschäft und ihren bequemen Profit bedroht, sie mißtrauten dem Unternehmen, sie glaubten nicht an das Gelingen der Industrialisierungspläne und führten tausend Gründe dafür an, weshalb man in Berlin keine Seidenindustrie haben könne. Es ist nicht immer ohne einen sanften Druck abgegangen: erst als die Sache ging, fanden sich Leute, die aus freien Stücken um eine Konzession einkamen: denn die gehörte nach dem damaligen Verwaltungsrecht zum Betriebe eines solchen Fabrikgeschäftes. Die ersten Verleger waren Schutzjuden und Kaufleute aus der französischen Kolonie, daneben einige wenige Berliner Kaufleute deutscher Herkunft; der bedeutendste unter diesen und der hellste Kopf unter den Fabrikanten war westpreußischer Herkunft: es ist der bekannte Gogkowsky, der in vielen Dingen ein stiller Berater des Königs gewesen ist. Mit diesen Pionieren ging es vorwärts. Die meisten erhielten Häuser, bare Vorschüsse und sonstige Unterstützungen vom König. Denn die Kapitalkraft war überall noch geringer als i

Unternehmungsgeist. Man kann sagen, daß ein erheblicher Teil der Gelder, mit denen die große Industrie in Preußen gegründet worden ist, aus den königlichen Kassen stammt. Ich habe die Gesamtsumme der außerordentlichen Aufwendungen für die Seidenindustrie auf 2 Millionen berechnet. Aber Friedrich der Große wollte keine eigentliche Staatsindustrie haben; er hat auch das Lagerhaus, das eine solche staatliche Unternehmung gewesen war, an einen rheinischen Geschäftsmann unter günstigen Bedingungen überlassen. Er gab lieber Geld aus, um tüchtigen Privatunternehmern Mut zu machen und sie vorwärts zu bringen; es war ihm darum zu tun, den Geist der industriellen Unternehmung in seinem Lande anzuregen und einzubürgern.

Der Bezug des Rohstoffes wurde auf alle Weise erleichtert. Die Akzise auf Rohseide wurde abgeschafft; als 1749 abnorm-hohe Seidenpreise infolge schlechter italienischer Ernten eintraten, wurde mit staatlichen Mitteln ein Seidenmagazin begründet, das den Fabrikanten langen und billigen Kredit gab. Es ist später (1768) noch sehr verstärkt worden, es arbeitete seitdem mit einem Kapital von über 80 000 Talern. Auf den Rat von Moses Mendelssohn, der sich allmählich auch zum Seidenfabrikanten heraufgearbeitet hatte, ist dieser Fonds später so angewandt worden, daß den Kaufleuten die Verschreibung der Rohseide vollständig überlassen wurde und daß ihnen nur freigestellt war, die Seide zur Bezahlung an das Magazin zu konsignieren. Vor allem wurde für den Absatz gesorgt. Für neue Artikel wurden wohl Monopole an die Unternehmer erteilt, aber immer nur auf eine bestimmte Zeit; sie wirkten, wie etwa heute Patente oder wie Muster- und Markenschutz wirken. Sobald der Betrieb an Güte der Waren und an Umfang und Leistungsfähigkeit in einem Artikel weit genug gediehen war, wurden hohe Schutzzölle und Einfuhrverbote für fremde Waren erlassen. Die auswärtige Konkurrenz sollte allmählich ganz ausgeschlossen werden. 1749 wurde der fremde Sammt verboten. Der Schutzzoll für seidene Stoffe wurde zunächst auf 6—8 %, dann auf 18—25 % erhöht, der Schmuggel, der sich damit einstellte, wurde durch strenge Kontrollmaßregeln bekämpft. Der Widerstand der mit fremden Seidenwaren handelnden Kaufleute drängte zu weiteren Maßnahmen: jeder Kaufmann mußte ein Drittel, jeder Jude die Hälfte seines Gesamtumsatzes aus den Landesfabriken nehmen, es wurden

regelmäßige Nachweisungen darüber gehalten. Als das alles noch nichts half, als der Schmuggel trotzdem nicht nachließ, da machte der König kurzen Prozeß und verbot im Jahre 1756, kurz vor dem Kriege, alle fremden Seidenwaren gänzlich für die mittleren Provinzen. Der Bedarf konnte damals zur Not schon von den Landesfabriken geliefert werden. Dazu kam ein System von Prämien. Zuerst wurde auf jeden Stuhl, der das Jahr hindurch in regelmäßigem Betriebe erhalten worden war, eine Bonifikation von 25 Talern bezahlt; 1768 sind diese Stuhlgelder umgewandelt worden in eine Bonifikation von 8 % auf den Wert der verarbeiteten Seide. Das sollte den Unterschied ausgleichen, der noch im Preis der Waren zwischen Inland und Ausland bestand. Allmählich lernten die Fabrikanten dann billiger zu produzieren: die Bonifikation konnte von Zeit zu Zeit herabgesetzt werden und fiel endlich ganz fort. An ihre Stelle trat nun eine Exportprämie von 4—6 %.

Zur Bestreitung der mancherlei Kosten, die die Unterstützung der Industrie von Tag zu Tag verursachte, wurde eine besondere Kasse mit einem Fonds von 100000 Talern begründet, die sogenannte Manufakturkasse oder Haupt-Manufakturkasse, wie sie später zum Unterschied von ähnlichen kleinen Kassen in den Provinzen genannt wurde. Die Verwaltung dieser Kasse lag in den Händen des Chefs des V. Departements und war der Kontrolle durch die Ober-Rechnungskammer ausdrücklich entzogen; ihr Rendant war der Vorsteher der Potsdamer Waisenhauskasse, ihre Kontrolle wurde einer besonderen Manufakturkommission übertragen, die überhaupt die Details der industriellen Verwaltung zu besorgen hatte. Sie war zunächst für die Seidenindustrie begründet worden, wie auch die Manufakturkasse; aber im Laufe der Zeit ist sie die Zentralstelle für alle Manufakturangelegenheiten geworden. Die Lage der Dinge brachte es mit sich, daß sie im wesentlichen eine lokale Behörde war, für Berlin. Es gab zwar auch Fabriken in Potsdam, später auch in Köpenick, Frankfurt, in Magdeburg; aber Berlin war doch das eigentliche Zentrum der Industrie, namentlich der Seidenindustrie. Zur Manufakturkommission gehörten anfangs auch die Polizei-Direktoren von Berlin, der deutsche und der französische für die Kolonie; später, seit der Reorganisation von 1766, bestand sie aus den technischen Beamten, die inzwischen angestellt worden waren, unter Leitung eines

Geheimen Finanzrates aus dem V. Departement, dem der König diese Geschäfte besonders übertragen hatte. Diese technischen Beamten waren ein französischer Fabrikdirektor aus Lyon, einige Fabrikkommissarien, die, ähnlich wie in der Provinz die Fabrikinspektoren, die Betriebe kontrollierten, und eine Anzahl von Schaumeistern, die namentlich auf die Güte und Solidität der Fabrikate zu sehen hatten. Nach Lyoner und Holländer Muster war 1766 ein Reglement für die Seidenindustrie erlassen worden, das den doppelten Zweck verfolgte, einerseits die Herstellung der Waren an bestimmte Vorschriften zu binden, um das Publikum vor Übervorteilung zu schützen, und andererseits die Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmern und Heimarbeitern in einer Weise zu regeln, die Betrügerei und Kontraktbruch der Arbeiter ebenso verhüten sollte, wie Übervorteilung und Bedrückung der Arbeiter durch die Unternehmer. Solche Reglements bestanden auch für die Woll- und Leinenindustrie; sie sind eine allgemeine Erscheinung in dem Zeitalter des Merkantilismus und des Verlagsystems. Man kann sie als die Vorläufer der modernen Gewerbeordnungen bezeichnen; damals gab es eben keine allgemeine Gewerbeordnung, sondern jedes Gewerbe hatte sein Reglement für sich. Vieles von dem, was unsere heutigen Arbeiterschutzgesetze bezwecken, steckte damals in diesen Reglements; dazu Bestimmungen zur Verhütung unlauteren Wettbewerbs und vieles andere, was heute der allgemeinen Gesetzgebung angehört. Es weht ein Geist staatssozialistischer Fürsorge in diesen fridericianischen Industrie-Reglements, aber als das vornehmste Ziel wird man doch das Gedeihen der Industrie im ganzen, die Hebung der Produktion, die Blüte der Geschäfte bezeichnen können. Über Lohnhöhe und Arbeitszeit wurden noch keine festen Bestimmungen getroffen, wie das anderswo zum Teil wohl der Fall war. Aber die Regierung spielte bei Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern eine Vermittlerrolle im Sinne der ausgleichenden Gerechtigkeit. Die Manufakturkommission hatte nicht nur die gewerbepolizeiliche Aufsicht über die Handhabung der Reglements, sondern sie war auch zugleich eine Art von Einigungsamt und Schiedsgericht in den größeren und allgemeinen industriellen Streitfragen. Sie hat große, plötzliche Lohnreduktionen, massenhafte Entlassungen von Arbeitern bei Geschäftsstockungen zu verhüten gesucht, soweit es ging. Die eigentliche gewerbliche Gerichts-

barkeit war von der gewöhnlichen Rechtspflege getrennt und wurde z. B. in Berlin von dem Polizeidirektorium unter Zuziehung geeigneter Sachverständiger in ganz summarischer Weise, ohne alle prozessualische Weitläufigkeit, möglichst prompt und billig ausgeübt. Die Unternehmer mußten sich eine eindringende Beaufsichtigung ihrer Betriebe gefallen lassen. Es war fast keiner unter ihnen, der ohne staatliche Unterstützung angefangen hatte. Manchem hatte der König, wie den Unternehmern der Frankfurter Taftfabrik — eine manufacture réunie —, ein Haus gebaut oder geschenkt und ihm dazu ein Betriebskapital gegeben mit der Bestimmung, daß die Fabrik sein freies Eigentum werden solle, wenn sie 20 Jahre lang im Betrieb gewesen sei. Für solche Zuwendungen und für das Entgegenkommen in der Folgezeit konnte und mußte der Staat auch Garantien fordern, daß ordnungsmäßig gearbeitet wurde, daß das Publikum, dem ja die fremden Waren verboten waren, nicht übervorteilt wurde, und daß die Arbeiter, die zum Teil von königlichen Agenten herangezogen waren, nicht schlecht behandelt und dadurch unlustig gemacht oder plötzlich auf die Straße gesetzt und wieder aus dem Lande getrieben wurden. Ganz ohne Reibungen ist es natürlich dabei nicht abgegangen. Die Fabrikanten wünschten mehr Freiheit; sie hätten am liebsten die ganze gewerbliche Polizei selbst in die Hand genommen, sie im Wege der Selbstverwaltung ausgeübt; auch der französische Fabrikdirektor empfahl einmal eine Einrichtung der Manufakturkommission, bei der diese Behörde in der Hauptsache aus Fabrikanten zusammengesetzt sein sollte, statt aus den Gewerbe-Aufsichtsbeamten. Die Leitung wollte er selbst haben; aber der König nahm Anstoß daran, daß er für diese Leitung ein hohes Extragelde aus Beiträgen der Fabrikunternehmer beanspruchte. Er erklärte, das dürfe nichts kosten, für diese Dinge sei das V. Departement da; die Manufakturkommission blieb insofgedessen eine bloße technische Sub-Deputation des V. Departements. Die großen Berleger wurden nur gelegentlich zu Verhandlungen zugezogen, wo es auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse und dergleichen ankam.

Alle diese Einrichtungen beziehen sich nicht bloß auf die Seidenindustrie, aber sie knüpften an die Bedürfnisse an, die in dieser Industrie hervortraten. Es ging energisch voran mit ihrer Begründung. Die Zeit von 1746 bis 1756 ist mehr die des Pflanzens und Pflagens,

des Bauens und Gründens, die von 1763 bis 1786 die des Ordneus und Leitens. Um 1756 waren zu Berlin und Potsdam in allen Zweigen der Seidenindustrie insgesamt mehr als 1000 Stühle in regelmäßiger Tätigkeit, 4—500 davon speziell für Sammt- und Seidenstoffe. Es war ein ganz leidlicher Anfang; während des Krieges wurde ruhig fortfabriziert, die Prämien hörten nicht auf. Nach dem Kriege wurden noch neue Fabriken gegründet, es kam eine kurze Haussperiode, dann aber trat eine schwere und langdauernde Krisis ein, beginnend mit zahlreichen Bankrotten in Amsterdam, Hamburg und Leipzig. Diese Krisis ist auch für die Berliner Geschäftswelt verderblich geworden. 1766 erreichte sie ihren Höhepunkt, mehrere Berliner Häuser, darunter auch Seidenfabrikanten, fallierten, überall war das Geld knapp, der Absatz stockte, die Hälfte der Stühle, die inzwischen noch stark vermehrt worden waren, stand still, die Fabrikanten hatten für über 600 000 Taler unverkäufliche Waren liegen. Es schien, als ob alles zusammenbrechen wollte, was bisher geschaffen war; aber die Energie des Königs hat gerade damals ihre Unverwundlichkeit auf das glänzendste bewährt und die Industrie aufrecht gehalten.

Man wußte damals noch sehr wenig von der Natur solcher Handelskrisen, wie sie uns ja in ihrer periodischen Wiederkehr als eine schlimme Begleiterscheinung der kapitalistischen Produktionsweise bekannt sind. Der König war geneigt, zum Teil wenigstens den Widerstand der kaufmännischen Kreise gegen sein Industrialisierungssystem dafür verantwortlich zu machen; denn dieser Widerstand hielt noch immer an und fand jetzt natürlich neue Nahrung. Eben damals plante Friedrich große wirtschaftlich-finanzielle Veränderungen, die nicht populär waren. Das Münzwesen wurde wieder in Ordnung gebracht, was nicht ohne Schädigung einzelner Interessenten abging. Die Akziserregie und das Tabakmonopol wurden eingeführt. Der Transitohandel mit fremden Manufakturwaren wurde durch hohe Prohibitivzölle belastet; der König wollte dadurch namentlich die Gefahr des Schmuggels mit den fremden Waren vermindern und zugleich auch die östlichen Nachbarn zwingen, preussische Manufakturwaren statt der sächsischen, französischen oder holländischen zu nehmen. Er scheint einen Moment auch an eine Kartellierung der großen Industrien gedacht zu haben, um die Produktion planmäßig zu gestalten, wurde eine Kontingentierung der einzelnen Fabriken in der Seiden-

branche erwogen. Es wurde Befehl gegeben, den Gesamtbedarf des Landes zu ermitteln, um danach eine planmäßige Repartition auf die einzelnen Fabriken vorzunehmen; es ist freilich nicht dazu gekommen. Die Bank, mit deren Gründung der König damals umging, sollte den gesamten Geldverkehr von Handel und Industrie vermitteln; ihre Benutzung sollte obligatorisch gemacht werden. Das alles brachte nun in der Geschäftswelt eine Opposition hervor, die auch in den Beamtenkreisen Anklang fand. Ein Bericht, den der König vom Generaldirektorium gefordert hatte, über die Ursachen der Handelsstockung, zählte als solche Ursachen vornehmlich die einzelnen neu getroffenen oder geplanten Maßregeln des Königs selbst auf, die scharf kritisiert wurden. Der König nahm das sehr ungnädig auf; er glaubte, daß eine Bestechung durch die Kaufleute dahinter stecke. Er war empört, daß seine Beamten mit der kaufmännischen Opposition gegen ihn gemeinsame Sache machten. Er schrieb eigenhändig an den Rand des Berichtes, der die Unterschrift der sämtlichen Minister trug, die zornigen Worte: „Die Herren Ministres entschuldige ich mit ihre ignorance; aber der impertinente und malitiose Konzipient muß exemplarisch bestraft worden, sonst kriege ich die Canaillen niemals in der Subordination.“ Der unglückliche Konzipient des Immediatberichts war der Geheimrat Ursinus vom V. Departement. Er wurde kassiert, verhaftet, und in der Untersuchung, die gegen ihn angestellt wurde, fand sich, daß er hin und wieder von Kaufleuten und Fabrikanten kleine Geschenke angenommen hatte. Das genügte, er wurde zu einer kurzen Festungshaft verurteilt. Der König aber wurde an den Grundgedanken seines Systems keinen Augenblick zweifelhaft. Den Seidenfabrikanten bewilligte er eine Extrabonifikation von 10%, die sie in den Stand setzte, mit ihren unverkäuflichen Lagern aufzuräumen, und dann begann er unverdrossen von vorn mit seiner Pflege und seinen Unterstützungen, bis die böse Zeit vorüber war und mit dem Beginn der 70er Jahre eine Hochkonjunktur einsetzte, die nun allmählich zu festen und dauernden Verhältnissen geführt hat.

Manches Opfer freilich hatte die Krisis gefordert; einer von denen, die nicht wieder emporkamen, war Gokowski. Er hatte neben einer großen Seidenfabrik die Berliner Porzellanmanufaktur und noch ein paar andere Unternehmungen in Gang gebracht; daneben hatte er während des Krieges und unmittelbar nachher große Geld-

geschäfte gemacht, wozu namentlich die Veränderungen der Valuta Anlaß gaben. Er ist eine interessante, ich möchte fast sagen, tragische Figur. Ein ideenreicher Kopf, der von einer Gründung zur andern eilt; ein intelligenter Kaufmann von patriotischer Empfindung und mit großen Gesichtspunkten, aber mehr genial als solide, ein waghalsiger Spekulant, der leichtherzig Tausende fortwarf, um Zehntausende zu gewinnen. Er hat durch große persönliche Opfer im Jahre 1760 Berlin vor der russischen Plünderung gerettet; er hat durch seine Intervention Leipzig vor einer preussischen Kontribution geschützt, die den Handel der Stadt auf lange Zeit lahm gelegt haben würde. Als die Krisis ausbrach, hat er Bürgschaften übernommen, die ihn 150000 Taler kosteten, nur um den Berliner Kredit aufrechtzuerhalten; schließlich ist er einer der ersten gewesen, die zusammenbrachen. Der König hat auf alle Weise versucht, ihn zu retten; er hat ihm die Porzellanmanufaktur zu einem guten Preise abgenommen, sie ist seitdem in staatlicher Regie geblieben. Er hat ihn in seiner Seidenfabrik immer wieder unterstützt, bis Gokowski abermals bankrott wurde. Seine Geldgeschäfte waren zu verwickelt und unübersehbar, die Dinge waren ihm über den Kopf gewachsen. Als der König sich davon überzeugt hatte, ließ er ihn fallen. Der große Gründer hat dann in trauriger Dürftigkeit geendet.

Die Industrie aber hob sich dauernd. 1776 waren in Berlin, Potsdam, Frankfurt, Köpenick in der Seidenindustrie tätig 1838 Stühle, 1780: 2733, 1785: 2935. Seine wesentlichsten wirtschaftspolitischen Gedanken hat der König doch durchgeführt, wenn auch nicht ohne einige Veränderungen. Die Bank, die 1768 begründet worden ist, allerdings ohne die anfänglich beabsichtigten Zwangsbestimmungen erwies sich als sehr segensreich für die Industrie; ebenso die 1772 begründete Seehandlung, die anfänglich nur für den Salzhandel bestimmt war, aber dann zu einem staatlichen Geldinstitut geworden ist, das auch industrielle Zwecke förderte. An dem System der Transitozölle wurde festgehalten. Nur Königsberg, Breslau und einige westpreussische Grenzstädte durften überhaupt noch mit fremden Manufakturwaren handeln. Der Durchfuhrhandel ging meist nach Polen. 1775 ist mit Polen ein Handelsvertrag geschlossen worden, der die polnischen Käufer zwingen sollte, die preussischen Manufakturwaren vor den ausländischen zu bevorzugen. Alle fremden Manu-

fakturwaren, die über die polnische Grenze gingen, mußten 12 % bezahlen, preußische nur 2 %. Wurden die fremden Waren durch Vermittelung preußischer Kaufleute bezogen, so zahlten sie nur 4 %; aber diese Ermäßigung galt nur unter der Bedingung, daß die polnischen Käufer dann zugleich noch preußische Manufakturwaren im Betrage des halben Wertes der fremden abnahmen. Der Export hat sich dadurch sehr gehoben; Polen war handelspolitisch für Preußen damals, was die Kolonien für England waren, ein großer Markt für den Export und zum Einkauf billiger Rohstoffe. Auch sonst wurde in der späteren Zeit der Export zu fördern gesucht durch Handelsverträge. Ich erwähne nur den mit Spanien, der namentlich der Leinenindustrie zugute kam, und den mit den Vereinigten Staaten von Amerika, an den man große Erwartungen knüpfte, namentlich auch in den Kreisen der Seidenfabrikanten; bedeutende Wirkung hat er allerdings nicht gehabt.

Die Handelsbilanz, die noch 1740 eine passive gewesen war, war zu Ende der Regierung Friedrichs stark aktiv geworden; die offizielle Statistik wies einen Überschuß der Ausfuhr über die Einfuhr von 5 Millionen nach. Das war wohl übertrieben; Friedrich selbst rechnete etwa 4 Millionen, der Minister Heinig noch etwa eine Million weniger. Dieser Überschuß ist nicht sowohl eine Folge starken Exports, sondern mehr eine Folge der stärkeren Produktion für den inneren Markt, die den Bezug ausländischer Manufakturwaren überflüssig gemacht hatte. Gleichzeitig hatte sich die Bevölkerung so vermehrt, daß zu Ende des 18. Jahrhunderts 1800 Menschen auf die Quadratmeile kamen, während es zu Anfang des Jahrhunderts nur 900 gewesen waren. Eine Vermehrung von  $1-1\frac{1}{2}$  % in einem Jahre aber will für die damaligen Verhältnisse mit den schlechten sanitären Einrichtungen etwas ganz anderes bedeuten, als heutzutage.

In der Seidenindustrie ging nach dem Tode des Königs die steigende Entwicklung noch weiter fort: 1790 waren in der Kurmark 3093 Stühle beschäftigt, 1794: 3760, 1796: 4501. Es war die Zeit, wo die Lyoner Fabriken durch die Revolution stark heruntergekommen waren: Berlin trat nun neben Krefeld in erfolgreiche Konkurrenz mit dem französischen Vorbild. Der Minister Struensee berichtete damals dem König, jetzt breche die brillante Epoche der

Industrie an, man ernte jetzt, was Friedrich der Große gesät habe. Die Konkurrenz von Hamburg und Sachsen war längst aus dem Felde geschlagen. Berlin galt damals als die Stadt des besten Geschmacks in Deutschland und war jedenfalls eines seiner bedeutendsten Industriezentren. Um das Jahr 1800 kam in Berlin auf 4 Einwohner ein Gewerbegehülfe; es ist ungefähr dasselbe Verhältnis wie heute (1 auf 3,8). Das ist ein Maßstab für die industrielle Entwicklung der Stadt. Die französische Invasion, die fürchterlichen Opfer und Anstrengungen der Jahre von 1806 bis 1815 haben dann diese Entwicklung unterbrochen und einen lange dauernden Rückgang herbeigeführt. 1816 kam nur noch auf sechs Einwohner ein Gewerbegehülfe; erst von 1866 bis 70 hebt sich das Verhältnis wieder auf 1:4. Berlin ist also am Ende des 18. Jahrhunderts als Industriestadt bedeutender gewesen, als von 1815 bis 1866.

Das war das Ergebnis der fridericianischen Industrialisierungspolitik. Diese Politik ist in erster Linie darauf gerichtet gewesen, ein starkes industrielles Zentrum zu schaffen und vor allem die Industriezweige zu pflegen, die damals im gewerblichen Leben die erste Stelle einnahmen. Bei den neu eingeführten Industrien wenigstens, namentlich bei der Seidenindustrie, ist die Dezentralisierung, die Ausbreitung auf die kleinen Städte, erst nach der Begründung des industriellen Zentrums erfolgt, und nicht eben in großem Maßstabe. Eine Luxusindustrie, wie damals die Seidenindustrie war, eignete sich ihrer Natur nach mehr für eine große Stadt, für eine Residenzstadt. In der Woll- und Leinenindustrie war es anders. Hier überwog von Anfang an der dezentralisierte Betrieb in den Provinzialstädten; aber das war eine Folge der historischen Entwicklung dieser Gewerbe; und die Wollindustrie hat sich doch auch erst bedeutender entwickelt, seit sie in der Zeit Friedrich Wilhelms I. ein starkes Zentrum erhalten hatte in dem Berliner Lagerhaus.

Der Minister v. Herzberg hat in einer seiner Akademiereden zu Königs Geburtstag eine auf amtlichen Quellen beruhende Betriebsstatistik der preußischen Fabriken im ganzen Umfang des Staates für das Jahr 1785 mitgeteilt. Danach waren beschäftigt:

in der Leinenindustrie 51000 Stühle mit 80000 Arbeitern und einem Jahresprodukt im Werte von 9 Mill. Talern,

- in der Wollindustrie 18000 Stühle mit 58000 Arbeitern und einem Jahresprodukt im Werte von 8 Mill. Talern,  
 in der Seidenindustrie 4200 Stühle mit 6000 Arbeitern und einem Jahresprodukt im Werte von 3 Mill. Talern (Krefeld eingeschlossen),  
 in der Baumwollindustrie 2700 Stühle mit 7000 Arbeitern und einem Jahresprodukt im Werte von 1,2 Mill. Talern,  
 in den Lederfabriken 4000 Arbeiter mit einem Jahresprodukt im Werte von 2 Mill. Talern,  
 in der Fabrikation von Eisen, Stahl, Kupfer und anderen Metallen 3000 Arbeiter mit einem Jahresprodukt im Werte von 2 Mill. Talern

Die staatliche Tabakindustrie beschäftigte 2000 Arbeiter mit einem Jahresprodukt von 1 Mill. Talern.

Die Rübenzuckerfabrikation beschäftigte 1000 Arbeiter und hatte eine Produktion von 2 Mill. Talern.

Dazu kamen noch eine Menge anderer Gewerbszweige. In ganzen beträgt die Zahl der industriellen Arbeiter 165000 und der Wert der Produktion dreißig Millionen Taler, eine Summe, die trotz der Versicherungen Herzbergs doch wohl zu hoch geschätzt ist.

Aber nicht der in dieser Zahl ausgedrückte Geldwert der Produktion ist die Hauptsache, wenn man von den Erfolgen des fridericianischen Systems spricht, sondern vielmehr die Tatsache, daß es dem König gelungen ist, den Geist der großindustriellen, kapitalistischen Produktionsweise seinem Staate einzupflanzen. Übelwollende Beurteiler haben wohl gesagt, daß er Kapitalisten und Proletarier gezüchtet habe; die Wahrheit ist, daß erst durch seine Bemühungen ein kapitalfräftiger, intelligenter Unternehmerstand und eine große Masse von disziplinierten, an kontinuierliche Arbeit gewöhnten, zum Teil hoch qualifizierten Lohnarbeitern geschaffen worden ist. Die Auswüchse des kapitalistischen Systems hat er durch seine im Geist der Gerechtigkeit und Humanität gehaltene Staatsaufsicht von Anbeginn wirksam bekämpft. Ob Industrie und Kapitalismus, sub specie aeterni betrachtet, etwas Gutes oder Schlimmes sein mögen, das ist eine Frage für spekulierende Philosophen, aber nicht für praktische Staatsmänner und Volkswirte. Diese Entwicklung war notwendig für jedes Land, das in dem wirtschaftlichen Wettbewerb und in dem

politischen Machtkampf der Staaten nicht der Ausbeutung und Schwäche verfallen wollte, wie es dem industrieloßen Polen gegangen ist. Die ganze Psychologie des Verkehrs- und Erwerbslebens ist durch die Industrie revolutioniert worden; sie drang wie ein Sauerkeig in das kleinbürgerlich-agrarische Stilleben ein, das seit Jahrhunderten unverändert geblieben war und allmählich zu stagnieren begonnen hatte.

Aber nicht alle Provinzen des Preussischen Staates haben diese Einwirkung gleichmäßig erfahren. Ich habe schon hervorgehoben, daß es eigentlich nur die kompakte Masse der mittleren Provinzen gewesen ist, die zu einem geschlossenen Industrie- und Handelsgebiet gemacht worden ist. Die geographische Lage brachte das mit sich. Die westlichen Provinzen lagen ganz abge sondert, sie bedurften der Industripflege auch nicht in dem Maße wie der Osten. Sie wurden handelspolitisch als Ausland behandelt; beispielsweise war der Eingang von Krefelder Seidenwaren in die Provinzen diesseits der Weser ebenso streng verboten wie der der französischen, holländischen oder sächsischen Fabrikate, obwohl Krefeld eine preussische Stadt war. Schlesien war in gewissem Sinne an das Handelssystem der Mittelprovinzen angeschlossen worden; seine Woll- und Leinenindustrie wurde nach Kräften gefördert. Aber das entfernte Ostpreußen ist nie vollständig in dies System hineingezogen worden und auch, als Westpreußen erworben war, als damit die territoriale Verbindung der Mitte und des östlichen Flügels hergestellt war, ist doch die wirtschaftspolitische Absonderung der östlichen Grenzgebiete nie ganz überwunden worden, und was speziell Westpreußen anbelangt, so war, abgesehen etwa von Elbing, der wirtschaftliche Verfall zu groß, als daß an eine wirksame Industrialisierungspolitik zu denken gewesen wäre. Hier mußten erst die gewöhnlichen Handwerker wieder in den Städten angekehrt werden, das war das Nächste und Notwendigste, dies Stück Anarchie, dies Kanadien, wie es der König wohl nannte, mußte erst von den Folgen der Verlotterung und Verwahrlosung der polnischen Zeit sich erholen, ehe es dem Industriesystem der mittleren Provinzen angeschlossen werden konnte. Ganz hat es allerdings nicht an Versuchen gefehlt, Industriezweige, die sich für das Land eigneten, zu pflegen oder einzubürgern. Aber ich nehme Abstand davon, zumal bei der vorgerückten Zeit, Ihnen Einzelheiten über diese Versuche

und Projekte mitzuteilen. Das Resultat ist, daß Westpreußen doch im großen und ganzen noch ein industrieloſes Land geblieben iſt, und auch die Jahrzehnte nach Friedrich dem Großen haben nichts daran geändert. Der große Impuls des 18. Jahrhunderts hat hier und in den Oſtprovinzen überhaupt nur in ſolcher Abſchwächung gewirkt, daß er keine erheblichen Folgen haben konnte für die Zeit, in der die anderen Provinzen ernteten, was Friedrich der Große geſät hatte. Hier gilt es heute nachzuholen, was damals, ich will nicht ſagen verſäumt worden iſt, aber nach Lage der Dinge noch nicht geleistet werden konnte. Und ich meine, Herr von Goßler hat ganz recht gehabt, daß dabei die Industrialiſierungspolitik Friedrichs des Großen in manchen Stücken auch heute noch das Vorbild ſein kann. Gewiß nicht in allem — die Aufgaben und die Methoden ſind heute vielfach andere, als vor 150 Jahren —; aber der Geiſt der ſtaatlichen Fürſorge, der uns aus dem fridericianiſchen System entgegentritt, kann auch in unſeren modernen Staats- und Verhältniſſen unter Umſtänden noch von Segen ſein. Wie wir von den Doktrinen des reinen Mancheſtertums zurückgekehrt ſind zu dem Grundſatz des Schutzes der nationalen Arbeit, zu einem ſtaatsſozialiſtiſchen System der Arbeiterfürſorge, zu einer inneren Kolonisation des platten Landes im fridericianiſchen Stil, ſo iſt auch eine tatkräftige ſtaatliche Hilfe und Pflege für die Induſtrie in dieſen Oſtprovinzen heute noch möglich und erſprießlich, ja notwendig. Darin aber möchte ich gerade das Eigentümliche und Wirkſame des fridericianiſchen Systems ſehen, daß er nicht bloß mit Schutzzöllen und Einfuhrverboten und nicht bloß mit gewerbepolizeilichen Reglements und allgemeinen Verwaltungsmaßregeln arbeitete, ſondern daß er direkt und im einzelnen den Unternehmungsgelſt anregte, daß er überall, wo er es vermochte, ratend und helfend eintrat, daß er ſich nicht für zu groß und zu vornehm hielt, ſich ganz perſönlich um die Sorgen und Beſchwerden ſeiner Fabrikanten zu kümmern, daß er ihnen Häuſer baut, ihnen Geräthſchaften beſorgt, ihnen Betriebskapitalien in die Hand gibt, daß er ihnen etwa noch Preiskurante zuſchickt aus den großen Handelsstädten, um ſie für den Einkauf der Rohmaterialien zu informieren, daß er Rohſtoffmagazine anlegt und Kredit dabei gewährt, daß er den Abſatz vermittelt, daß er die Artikel angibt, die auswärtſ begehrt werden, daß er die Akziſenliſten ſtudiert, immer mit dem In-

tereſſe und der Frage: was kann ich daraus für meine Fabrikanten lernen? — kurz, daß er den weiten Blick, den ihm ſeine Stellung verſtattet, die praktiſchen volkswirtſchaftlichen Kenntniſſe, die er aus eigener Beobachtung und aus den Berichten ſeiner Handelsagenten im Auslande geſchöpft hatte, für die unerfahrenen, unbeholfenen Pioniere ſeiner Induſtrie nutzbar zu machen beſtändig bemüht war, und daß er dabei nicht unterließ, in jedem einzelnen Falle nachzuſehen, wo dieſen oder jenen Fabrikanten der Schuh drückte. Das königliche Kabinett machte zu Zeiten geradezu faſt den Eindruck eines großen Handelskontors; mancher von den Vorteilen, die heute durch Kartellierung der Induſtrien erſtrebt werden, iſt unter Friedrich dem Großen durch die planvollen Direktiven aus dem königlichen Kabinett erreicht worden. Das kann natürlich heute nicht mehr in ganz denſelben Formen gemacht werden, es kann heute auch nicht mehr die Aufgabe eines Königs von Preußen ſein; aber daß dieſer Geiſt ſtaatlicher Fürſorge da, wo er angebracht iſt, und in den Formen, die den gegenwärtigen Verhältniſſen entſprechen, noch immer von Segen ſein kann, das beweist nach allem, was ich davon gehört habe, die Wirkſamkeit des verewigten Oberpräſidenten von Goßler auf das glänzendſte und überzeugendſte. Durch vorübergehende Rückſchläge und Kriſen darf man ſich dabei nicht entmutigen laſſen. Warum ſollte heute ein relativ ſelbſtändig geſtellter ſtaatlicher Kommiſſarius mit einem Stab von ſachverſtändigen und tatkräftigen Männern, die in dieſem Geiſte arbeiten, hier nicht noch Ähnliches erreichen können, wie einſt Friedrich der Große mit ſeinem V. Departement und ſeiner Manufakturkommiſſion?

Freilich, wer in der Volkswirtſchaft lediglich einen natürlichen Organismus ſieht, deſſen Lebensprozeß, mag er nun zu Blüte oder Verfall neigen, niemals durch die plumpe und rauhe Hand des Staates geſtört werden dürfe, mit dem iſt über dieſe Dinge nicht zu diſkutieren. Wer den wirtſchaftenden Menſchen ſich wie einen überall gleichartig eingerichteten Automaten denkt, der von dem wirtſchaftlichen Selbſtinterreſſe allein ſo in Bewegung geſetzt werden kann, wie es ſeiner Konſtruktion entſpricht, der wird in dem ganzen fridericianiſchen System nur einen großen und verderblichen Irrtum erblicken können. Das iſt oft gerade die Urteilsweiſe von Vertretern hochentwickelter Induſtrievölker geweſen, zum Beiſpiel der Engländer.

Sie vergaßen dabei ganz, daß der industrielle Geist, der ihnen seit Jahrhunderten in Fleisch und Blut übergegangen ist, nicht eine natürliche Anlage, sondern das Produkt langer Züchtung ist, daß die Engländer einst zu der Zeit, wo sie ihre Wolle an die flandrischen Städte verkauften, um sich dann von den flandrischen Kaufleuten für schweres Geld die Tuche wieder ins Land bringen zu lassen, diesen Geist noch so wenig besessen haben, wie die Kurmärker vor der Epoche Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs des Großen. Sie vergaßen, daß König Edward III. in der Mitte des 14. Jahrhunderts die englische Industrie mit ganz ähnlichen Mitteln, durch Anlocken flandrischer Weber, gepflanzt und eingebürgert hat, wie es vier Jahrhunderte später in einem zurückgebliebenen Winkel des Kontinents Friedrich der Große getan hat. Kein Politiker wird heute bei uns verlangen, daß man im Wirtschaftsleben alles der natürlichen Entwicklung überlassen müsse; sonst gäbe es überhaupt keine Wirtschaftspolitik. Friedrich der Große war praktischer. Er kannte seine Leute. Er wußte, daß ohne tatkräftiges Eingreifen sich in seinen Landen von selbst nicht so bald eine Industrie entwickeln werde, daß diese Lande vielmehr sonst noch lange ein Objekt der Ausbeutung durch die großen Industriestaaten bleiben würden. Aber das wollte er eben nicht. Er brauchte eine Industrie, weil sie die Bedingung staatlicher Selbständigkeit, die Bedingung einer Großmachtpolitik war. Aus politischen Motiven hat er eine Industrie geschaffen. Natürlich war das zu Anfang eine Treibhausindustrie, die mit staatlichen Mitteln gepflegt und die auch vor dem scharfen Luftzuge der internationalen Konkurrenz eine Weile lang bewahrt werden mußte. Aber er hat schließlich doch erreicht, was er wollte; er hat seinen Staat nicht bloß in die Reihe der Großmächte, sondern auch in die Reihe der Industriestaaten eingeführt. Es kommt auch für uns, meine ich, nur darauf an, ob der Staat ein vitales Interesse daran hat, daß die Ostprovinzen eine Industrie bekommen. Und ein solches politisches Interesse liegt meiner Ansicht nach vor. Es liegt in der Polenfrage. Darüber gestatten Sie mir noch ein kurzes Wort.

Daß sich der Kampf der Nationalitäten in unserer Ostmark auf wirtschaftlichem Gebiet abspielt, das ist eine allgemein anerkannte Tatsache, und wir können die Augen nicht dagegen schließen, daß die wirtschaftlichen Fortschritte des Polentums, das Vorwärtkommen

und Umsichgreifen polnischer Bauern, polnischer Handwerker und kleiner Geschäftsleute eine politische und nationale Gefahr für uns bedeutet. Woher aber dieser Fortschritt, dieses Umsichgreifen der Polen in der neuesten Zeit? Ich glaube, wir treffen nicht den Kern des Problems, wenn wir immer nur von der größeren Bedürfnislosigkeit, der anspruchsloseren Lebenshaltung einer niedrigeren Kultur sprechen. Das mag auf die polnischen Schnitter und Bergarbeiter zutreffen, aber die Erfolge des polnischen Mittelstandes erklärt es nicht. Wir müssen uns hier vor hochmütiger Verblendung hüten, die uns die Wahrheit nicht sehen oder nicht eingestehen läßt. Ich glaube es aussprechen zu dürfen: Der polnische Mittelstand ist in der wirtschaftlichen Konkurrenz dem unseren überlegen, weil er eine jüngere, tatkräftigere, hoffnungsreichere Bildung ist. Dieser Mittelstand war zur Zeit der polnischen Selbständigkeit ja noch gar nicht vorhanden. Er ist erst in der Zucht und unter dem Schutz der preußischen Staatsordnung herangewachsen. In diesen polnischen Mittelstand ergießt sich ein viel größerer Teil der gesamten Volkskraft, als das bei dem deutschen Bauern- und Handwerkerstand der Ostprovinzen der Fall ist. Die geistig beweglichsten, intelligentesten Elemente verlassen bei uns vielfach den Boden der Ostmark, um auswärts, in entwickelteren Kultur- und Wirtschaftsverhältnissen ein Feld ihrer Tätigkeit zu suchen und ihr Glück zu machen. Beamte, Soldaten, Techniker, Kaufleute, Gelehrte entziehen dem deutschen Mittelstand der Ostprovinzen weit mehr tüchtige Kräfte als dem polnischen. Aber die Hauptsache ist, daß dieser polnische Mittelstand die wirtschaftlichen Tugenden und Vorzüge einer aufstrebenden, jugendlichen Klasse hat, und daß diese Eigenschaften durch nationale Hoffnungen und Illusionen noch gesteigert werden. Diese Leute sehen ein großes Ziel vor sich, das ihre Nerven spannt, das sie zu starken Anstrengungen, zu Opfern und Entbehrungen, zu solidarischem Handeln fähig macht. Es ist eine alte psychologische Erfahrung im Leben der Völker wie der einzelnen, daß der Kampf um heißersehnte Güter, die man noch nicht besitzt, einen Wagemut, eine Angriffslust, eine Spannung der Kräfte erzeugt, die unvergleichlich viel größer sind, als die Anstrengungen der *beati possidentes* zur Erhaltung des bestehenden Zustandes. Daher der aggressive Charakter im modernen Polentum, daher die Tatsache, daß unser

deutscher Mittelstand in die Defensiv gedrängt ist. Unser deutscher Mittelstand ist alt, bequem und brüchig geworden. Man kann von ihm nicht erwarten, daß er große begeisterte Anstrengungen macht, um günstigstenfalls zu behalten, was er hat; das ist kein Ziel, das zu der äußersten Anspannung der Kräfte anfeuert. Alle Mittelstandspolitik im Osten wird daher immer mehr den Polen als den Deutschen zugute kommen, solange keine Ausnahmegeetze gemacht werden und die Grundsätze des Rechtsstaats in Geltung bleiben. Wir sehen das an den landwirtschaftlichen Verhältnissen: hat man doch das schlimme Wort prägen können, daß die Kolonisierung vielfach zur Polonisierung geführt habe!

Wir stehen hier auf altem Kolonialboden, den wir heute von neuem wirtschaftlich erobern müssen. Als unsere Vorfahren einst in diese Gegenden zogen, da waren sie geleitet von dem Bestreben, sich eine bessere wirtschaftliche Lage, eine breitere Basis der Tätigkeit und Wohlfahrt zu schaffen, als sie daheim in den zu eng gewordenen Verhältnissen haben konnten. Die Kolonistenhufe war ein größerer Besitz als die altheimische Bauernhufe, wenn es auch ein Besitz war, der erst wirtschaftlich erworben werden mußte. Für alle blühenden Kolonien ist eine gewisse Großzügigkeit der Existenz, eine höhere Intensität des Wirtschaftslebens, ein Zug zum Großbetrieb charakteristisch. Auch die Großgutswirtschaft ist eine Erscheinung, die wir nur auf dem ostelbischen Kolonialboden finden; sie hat Jahrhunderte hindurch den festen Rahmen kolonialen Wirtschaftslebens im Osten gebildet; soweit sie unter den veränderten Weltverhältnissen lebensfähig bleibt, wird sie auch weiterhin ein starkes Bollwerk des Deutschtums sein können. Hier in den Osten gehören außer dem Großgrundbesitz, den ich durchaus nicht ganz verdrängt sehen möchte, und einer Anzahl von Kleinbesitzern, namentlich auch Bauern von einem modernen Schlage, Großbauern, wie sie Stein bei der Agrarreform schaffen wollte, Landwirte mit Geschäftsgeist im Stil der englischen und amerikanischen Farmer, die zu disponieren und zu rechnen verstehen. Mit jener Mittelstandspolitik, die nur das Alte konservieren will, kommen wir nicht vorwärts. Es muß ein größerer Stil in das ganze Wirtschaftsleben kommen. Wir müssen heraus aus der wirtschaftlichen Defensiv, wir müssen selbst aggressiv vordringen, wenn wir wieder erobern wollen, was wir zu verlieren im Begriff sind.

Und dazu ist eben, wie ich meine, das geeignetste und unentbehrliche Mittel eine große Industrie. Im Handwerk, in der Landwirtschaft, im Kleinhandel kann der Pole mit uns erfolgreich und sogar überlegen konkurrieren: in der großen Industrie kann er es noch nicht und wahrscheinlich auf lange Zeit hinaus nicht. Wir müssen von unserer geschäftlichen Intelligenz, von unserm Kapital, von unserer Arbeitsenergie in den Osten werfen, soviel wir nur anderswo entbehren können, um hier einen größeren Zug, einen modernen Geist in das Wirtschaftsleben zu bringen, der uns die Überlegenheit über die polnische Konkurrenz sichert. Die Industrie schafft eine wirtschaftliche Atmosphäre, in der der polnische Mittelstand nicht wie bisher prosperieren kann. Es schadet nichts, wenn auch der Stand der Industriearbeiter hier und da einen mehr oder minder starken polnischen Beisatz bekommen sollte. Ich fasse die germanisierende Kraft der Industrie nicht in dem Sinne auf, als ob nun die ganze industrielle Arbeiterschaft hier im Osten aus lauter Deutschen, etwa aus Ablegern der west- und mitteldeutschen Industrie zusammengesetzt sein müßte. Es wird sich nicht vermeiden lassen, hier und da, in die Schichten namentlich der ungelerten Arbeiter auch Polen einzustellen. Nur muß natürlich streng vermieden werden, Ausländer dabei zuzulassen. Die Hauptsache dabei bleibt doch, daß die leitenden Kreise, das Kapital, der neue Mittelstand, den die Industrie heranbildet, die Techniker, Buchhalter, Werkführer und die große Masse der Arbeiter selbst deutsch sind. Wir können die drei Millionen Polen, die wir haben, weder germanisieren noch wegschaffen; wir müssen nur sehen, daß sie uns nicht über den Kopf wachsen. Wer wirtschaftlich die Herrschaft hat, wird sie auch politisch im Nationalitätskampf behalten. Die polnischen Arbeiter sind eine Gefahr nur, solange sie im Schlepptau einer nationalen Propaganda gehalten werden, deren festes Bollwerk eben der polnische Mittelstand ist. Die Solidarität zwischen dem polnischen Arbeiterstand und dem polnischen Mittelstand wird allmählich schwinden und einer Spaltung Platz machen, wenn die große Industrie hemmend auf die weitere Entwicklung dieses polnischen Mittelstandes einwirkt. Ich würde es auch nicht eben für ein großes Unglück halten, wenn hier im Osten ein paar polnische Wahlkreise sich in sozialdemokratische verwandelten. Die Furcht vor einer Vermehrung sozialdemokratischer Stimmen ist ja zweifellos ein Moment,

das der Industrialisierung des Ostens hindernd im Wege steht. Aber mit einer pessimistischen Auffassung der sozialen Frage können wir heute überhaupt keine große frische innere Politik mehr machen. Wir müssen an der Hoffnung festhalten — denn die ganze Zukunft unseres Staates beruht darauf —, daß die antimonarchische Verhegung und die blöde Staatsfeindschaft der sozialdemokratischen Massen in eben dem Maße abnehmen wird, als diese Partei im staatlichen Leben an Einfluß und Bedeutung gewinnt. Nur eine Regierung, die diese Hoffnung und die dazu gehörige soziale Reformstimmung besitzt, wird den Mut haben, eine Industrialisierung des Ostens anzustreben. Nur als eine Politik der Hoffnung, des Vertrauens auf unsere nationale Zukunft, des wirtschaftlich-sozialen Fortschritts kann die neue Kolonisierung der Ostmark gelingen, nur so kann die Gefahr der allmählichen Polonisierung dieses Gebietes wirksam bekämpft werden.

Ein Kampf ist es freilich, der hier geführt werden muß, aber ein Kampf ohne Ausnahmegeetze, ohne Anwendung brutaler Gewalt, in loyalen Formen, ein Kampf, bei dem die Siegeszuversicht darauf beruht, daß wir die überlegenen Kräfte unserer höheren Kultur hier in der gefährdeten Ostmark zur Geltung bringen, statt uns in rückständigen Wirtschaftsformen festzurennen, unter denen die Gegner uns überlegen sind. Es gilt, hier ein Feld zu schaffen für den Ehrgeiz, für die Tatkraft, für die Intelligenz unserer Bevölkerung, ein Feld, wie wir es in der überseeischen Kolonisation bisher nicht gefunden haben und so bald nicht finden werden. Zu diesem großen Umschwung wird Staatshilfe, moralische und materielle, nötig sein; aber sie wird gut angewandt sein, wenn sie das Ziel erreicht.

So fasse ich den Goflerschen Plan der Industrialisierung des Ostens auf, und ich glaube, daß ich damit den eigentlichen Grundgedanken seines Urhebers treffe. Ob dabei mehr Gewicht gelegt werden soll auf die Schaffung eines großen industriellen Zentrums oder auf die Dezentralisierung der Industrie über das ganze Land hin, das ist eine Frage von sekundärer Bedeutung. Gofler war mehr für das erste, Miquel für das andere. Am besten wäre es wohl, wenn beides zusammen gefördert werden könnte, wie es auch unter Friedrich dem Großen geschehen ist. Wie das im einzelnen zu geschehen hätte, ist eine Frage, die ich mich nicht kompetent fühle, hier zu erörtern; ich habe hier nur ein paar allgemeine Gesichtspunkte andeuten wollen, die mit meinem Thema zusammenhängen.

Aber eine andere Frage möchte ich zum Schluß noch kurz berühren: die nach der Einwirkung einer solchen Industrialisierungspolitik auf die Landwirtschaft. Man wird ja nicht leugnen können, daß eine stark entwickelte Industrie im Osten auch eine gewisse Anziehungskraft auf die ländlichen Arbeiter ausüben wird. Aber man darf dieses Moment nicht überschätzen. Die ländliche Arbeiterbevölkerung des Ostens, soweit sie dem alten System des Instverhältnisses, der Naturallöhnung und der Seßhaftigkeit entwachsen ist, findet auch heute schon leicht genug den Weg in die Fabrikgegenden; das Abströmen zur Industrie wird durch die Industrialisierung des Ostens mehr nur in eine andere Richtung gelenkt, als sehr erheblich verstärkt werden; für den Osten im ganzen aber kann es nur von Nutzen sein, wenn die Leute im Lande bleiben, statt nach dem Westen abzuwandern. Sollte eine Neigung zur Erhöhung der ländlichen Arbeiterlöhne eintreten, so steht dem die vermehrte Absatzmöglichkeit und die vermutliche Preissteigerung für landwirtschaftliche Produkte gegenüber, namentlich für Milch, Eier, Fleisch, Gemüse u. dgl. Die Selbstversorgung der kleinen Landstädte mit solchen Produkten würde bei fortschreitender Industrialisierung abnehmen; auch in die Landwirtschaft würde ein frisches Leben und zugleich ein mehr geschäftlicher Geist kommen. Vorteile und Nachteile dürften sich also dabei ziemlich die Waage halten.

Das Hauptinteresse des Großgrundbesizers aber richtet sich doch immer auf die Kornpreise, und in diesem Punkte müßte ein Ausgleich gefunden werden zwischen den Interessen der Produzenten und Konsumenten. Es darf nicht heißen: Industrie oder Landwirtschaft, sondern es muß heißen: Industrie und Landwirtschaft. Ich glaube, daß die Regierung mit dem neuen Zolltarif auf dem richtigen Wege ist. Ich darf dabei wohl an die Art erinnern, wie Friedrich der Große diese Frage, die auch damals schon eine Rolle spielte, praktisch gelöst hat. Die Landwirtschaft ist von ihm durchaus nicht vernachlässigt worden; ein einseitiger Industrialist ist er nicht gewesen. Ohne Schädigung des agrarischen Interesses ist es aber natürlich bei seiner Industrialisierungspolitik nicht abgegangen. Die Leutenot und die Lohnfrage spielt allerdings damals unter den gebundenen Verhältnissen der Landbevölkerung noch keine Rolle. Aber das Wollausfuhrverbot z. B., das der inländischen Wollindustrie billigen Rohstoff liefern

solle, bedeutete doch einen harten Schlag für die agrarischen Interessen; ebenso die Getreideausfuhrverbote, die im Interesse einer besseren Versorgung der einheimischen Bevölkerung von Zeit zu Zeit erlassen wurden und schließlich zu einer dauernden Sperrung des Landes geführt haben. Die Landwirte waren damals, wenigstens in den besseren Gegenden und an den Wasserstraßen, durchweg Freihändler, aus dem einfachen Grunde, weil sie gewohnt waren, zu exportieren, und weil sie sich durch Beschränkung der Ausfuhr nicht die Preise verderben lassen wollten. Dabei konnte man aber doch bei der steigenden Bevölkerung die polnische Einfuhr schon nicht mehr entbehren, und diese drückte in manchen Gegenden erheblich auf den Preis des Getreides. Friedrich der Große hat nun ein sehr einfaches und merkwürdiges System der Getreidehandelspolitik ausgebildet, das allerdings erst zur vollen Entfaltung kam, seit er mit der Erwerbung Westpreußens die Weichselstraße kontrollierte und die polnische Einfuhr beherrschte. Er schloß das Land für die Einfuhr wie für die Ausfuhr von Getreide. Ausfuhr wurde nur gestattet auf Pässe, die der König selbst ausstellte; er konnte dies Ventil öffnen oder schließen je nach den Ernteausichten, die er sorgfältig verfolgte. Die Einfuhr wurde Staatsmonopol. Der Staat wurde der größte, ja der einzige wirklich große Kornhändler im Lande. Die großen Getreidemagazine, die ursprünglich Kriegsmagazine gewesen waren, wurden ein Instrument zur Regulierung der Getreidepreise. Stieg der Preis so hoch, daß eine Teurung drohte, so warf der König große Mengen von Getreide aus seinen Magazinen auf den geschlossenen Markt und erreichte damit regelmäßig ein Sinken der Preise bis auf den Normalstand, den man für die einzelnen Provinzen festgesetzt hatte, die sogenannte Kammertage, die bei den Anschlägen für die Domänenpacht zugrunde gelegt wurde. Santen dagegen die Preise so tief, daß die Domänenpächter nicht mehr ihre Rechnung dabei fanden und der Landwirt überhaupt nicht dabei bestehen konnte, so kaufte der König massenhaft ein für seine Magazine und brachte dadurch, durch diese Vermehrung der Nachfrage, die Preise wieder in die Höhe, bis auf das normale Niveau. Es ist ein System, das in manchen Stücken eine gewisse Ähnlichkeit hat mit dem des bekannten Antrags des Grafen Ranitz. Es hat mit ihm gemein die Schließung der Grenze und die Monopolisierung der Einfuhr. Aber die Grund-

tendenz ist doch eine verschiedene. Unseren Agrariern kommt es heute auf möglichst hohe Getreidepreise an, die sie durch dieses System erreichen wollen. Friedrich der Große dagegen wollte möglichst stabile mittlere Preise erzielen. Er hat in seinem politischen Testament erklärt, daß er es für seine königliche Pflicht ansehe, die Balance zu halten zwischen den Interessen der Landwirte einerseits und der Arbeiter und Soldaten andererseits; denn das waren damals die beiden großen Konsumentengruppen. So suchte er Industrie und Landwirtschaft miteinander zu versöhnen und sie beide gleichmäßig zu fördern. Dieser Grundgedanke aber: Ausgleich zwischen den agrarischen und den industriellen Interessen, ist auch wohl für die Gegenwart noch das Richtige. Nicht um den Industriellen die Taschen zu füllen, hat Gohler seinen Plan der Industrialisierung des Ostens auf die Bahn gebracht, sondern weil er ein Gebot der Staatsräson ist; ebensowenig ist es die Absicht unseres Zolltarifs, die Großgrundbesitzer auf Kosten der übrigen Bevölkerung reich zu machen. Es handelt sich hier wie dort um das Wohl des Staates, um den Grundsatz des *Suum cuique*; und ich möchte schließen mit den Worten, die ich hier an dem hohen Tore gelesen habe: *Sapientissime fiunt omnia, quae pro republica fiunt*; weise sind die Maßregeln, die zum Wohl des Staates getroffen werden!

u. 11390



